Auf Empfehlung des Generationen-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses beschließt der Rat, die Krankenkosten wie bisher im Rahmen der Solidargemeinschaft der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises aufzubringen. Die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber wird somit abgelehnt. In zwei Jahren soll ein erneuter Bericht erfolgen